Europa muss Zypern beistehen - im eigenen Interesse

Von Kostas Dimakopoulos

Περίληψη στα ελληνικά

Η Ευρώπη πρέπει να βοηθήσει την Κύπρο – για το δικό της συμφέρον.

Μια νέα εκδήλωση τουρκικής προκλητικότητας έναντι της Κύπρου σημειώνεται στην θαλάσσια περιοχή της κυπριακής Αποκλειστικής Οικονομικής Ζώνης (ΑΟΖ), και μάλιστα μπροστά ακριβώς από την νότια πλευρά της νήσου, εκεί όπου βρέθηκε ήδη αέριο και εικάζονται νέα κοιτάσματα αερίου και πετρελαίου. Από τις αρχές Οκτωβρίου ένα τουρκικό ερευνητικό σκάφος διεξάγει με συνοδεία τουρκικών πολεμικών σκαφών έρευνες στην περιοχή. Η Τουρκία επεκτείνει με τον τρόπο αυτό την κατοχή της Κύπρου, που άρχισε το 1974, τώρα και στην θάλασσα.
Η τουρκική εισβολή, εκδίωξη των Ελληνοκυπρίων (Ε/Κ) από τις εστίες τους στον Βορρά και διαίρεση του νησιού με την ίδρυση εκεί της λεγόμενης «Τουρκικής Δημοκρατίας της Βόρειας Κύπρου» έχει επανειλημμένα καταδικαστεί με ψηφίσματα του Συμβουλίου Ασφαλείας και της Γενικής Συνέλευσης του ΟΗΕ και με αποφάσεις διεθνών δικαστηρίων, τελευταία με απόφαση της Ολομέλειας του Ευρωπαϊκού Δικαστηρίου Ανθρωπίνων Δικαιωμάτων με ημερομηνία 12.5.2014 – τις οποίες όμως όλες η Τουρκία αγνοεί επιδεικτικά. Ποια είναι η στάση της Ευρώπης στο ζήτημα και ποια είναι η αλληλεγγύη της Ε.Ε. έναντι του κράτους/μέλους της με το όνομα Κύπρος;
Η υποστήριξη της Κύπρου από την Ε.Ε. είναι μέχρι τώρα εξαιρετικά «χλωμή». Η Ε.Ε. περιορίζεται σε τυπικές τοποθετήσεις για την «ανεξαρτησία» και «κρατική κυριαρχία» της Δημοκρατίας της Κύπρου, στην πράξη όμως δεν καταδικάζει τις τουρκικές ενέργειες που προσβάλλουν βάναυσα ακριβώς αυτήν την «ανεξαρτησία» και «κρατική κυριαρχία». Η Τουρκία ενθαρρύνεται έτσι να προβαίνει σε όλο και περισσότερες προκλήσεις σε βάρος της Κύπρου, που μένουν αναπάντητες από την Ε.Ε. Προφανώς πολλοί

Zypern, ein unabhängiger Staat, UNO-, EU- und Eurozone-Mitglied, ist Opfer einer einmaligen Verletzung des Völkerrechts, die auf Kriegsverbrechen und Verbrechen gegen die Menschlichkeit basiert, wenn man die Definition dieser Begriffe in den einschlägigen Dokumenten des internationalen Rechts zugrunde legt (IV. Genfer Abkommen vom 12.8.1949, Statut des Internationalen Strafgerichtshofes vom 17.7.1998). Die Türkei hat im Jahr 1974, unter Missachtung ihrer Stellung als Garantiemacht der territorialen Integrität und politischen Unabhängigkeit Zyperns, die Insel überfallen, die Griechisch-Zyprioten aus dem Norden vertrieben, die Bevölkerung gewaltsam entmischt, die Insel geteilt und im Norden einen separaten türkisch-zypriotischen Staat errichtet, der von keinem anderen Staat der Welt außer der Türkei selbst anerkannt wird. Danach hat sie die Bevölkerungsstruktur dort durch Import von anatolischen Siedlern massiv verändert.

Diese Aggression ist durch wiederholte Resolutionen des UN-Sicherheitsrates, Berichte der europäischen Kommission für Menschenrechte und Entscheidungen des Europäischen Gerichtshofs für Menschenrechte verurteilt worden. Die letzte Entscheidung des Europäischen Gerichtshofs für Menschenrechte (Große Kammer) vom 12.5.2014 bekräftigt die bis heute andauernde Verletzung unzähliger Artikel der Europäischen Menschenrechtskonvention durch die türkische Invasion und verurteilt die Türkei zu hohen, angesichts des tatsächlich erlittenen Leidens jedoch symbolisch wirkenden Geldstrafen.

Die Türkei beachtet bis heute demonstrativ alle diese Verurteilungen als nicht bindend und erwidert sie oft mit einem neuen Akt der Aggression. Sie steht auf dem Standpunkt, ein Staat Zypern existiere nicht, das Problem sei mit der Invasion von 1974 gelöst worden.

Zum Glück haben die Griechisch-Zyprioten trotz der massiven Androhungen die Kraft gefunden, den so genannten Annan-Plan von 2004 mit überwiegender Mehrheit bei einem Referendum abzulehnen, der den Völkerrechtsbruch vergessen machen wollte, die vollendeten Tatsachen der türkischen Invasion legalisieren sollte und den Weg zur Unterwerfung auch des griechisch-zypriotischen Südens unter die türkische Herrschaft bahnen würde. Das haben allerdings viele in Europa den Griechisch-Zyprioten übel genommen, weil dadurch eine Republik Zypern EU-Mitglied geworden ist, die zwar de jure einheitlich und in den Grenzen von 1960 existiert, de facto aber geteilt ist.

Zwei Wege haben sich danach prinzipiell geöffnet: Entweder hätte Europa dem Völkerrechtsbruch auf Zypern entgegengewirkt oder die Griechisch-Zyprioten unter Druck gesetzt, die vollendeten Tatsachen zu akzeptieren. Und was ist wirklich eingetreten?

Die EU zeigt bis jetzt – und dies sehr zögerlich – eine rein verbale Solidarität mit ihrem Mitglied Zypern. Wenn es um die Zypernfrage geht, gibt die EU Statements ab, die sich auf die formelle Anerkennung der staatlichen Souveränität der Republik Zypern und ansonsten auf Forderungen beschränken, die ohne große Bedeutung sind. Die Kraft, eine klare Sprache gegenüber der Türkei zu sprechen, die EU-Beitrittskandidat ist und EU-Territorium militärisch besetzt, findet die EU nicht, was die Türkei wiederholt ermutigt hat, immer den nächsten Schritt der Aggression gegen Zypern zu machen. Die Zerschlagung des Geschäftsmodells Zyperns als Banken- und Finanzzentrum des Ostmittelmeeres im März 2013 unter dem Vorwand unbegründeter Geldwäsche und der „Eurorettung“, aber gegen die Regeln, die bis dahin im Euroraum herrschten, erfolgte unter weitgehender Ausblendung der Konsequenzen, die diese Zerschlagung nach sich zieht.

Andererseits riskiert die EU ihre eigene Energieversorgung oder gar einen Krieg in Europa, wenn es um die Unterstützung der Ukraine geht. Wenn die EU heute nur 10% ihres Engagements für die Ukraine gegenüber ihrem eigenem Mitglied im Ostmittelmeer zeigen wollte, wäre Zypern sehr geholfen. Hier wird aber, und das ist für jedermann offensichtlich, mit zweierlei Maßstäben gemessen. Die Situation ist absurd und macht nicht nur das Bekenntnis zum Völkerrecht, sondern auch die Stellung Europas auf der Welt unglaubwürdig.

Inzwischen steht allerdings nicht nur die Achtung des Völkerrechts und die Glaubwürdigkeit Europas, sondern vielmehr auf dem Spiel. Denn heute bietet sich die einmalige Chance, eine sich anbahnende Energie-Achse (Gas und Öl) Israel-Zypern-Griechenland in der Region zu schmieden, zu der auch andere Länder wie Ägypten und Libanon stoßen könnten.

Und genau gegen diese Pläne, die inzwischen weit gediehen sind, richtet sich der letzte Akt der türkischen Aggression. Seit Anfang Oktober 2014 durchforstet und untersucht ein türkisches Forschungsschiff in Begleitung mehrerer Kriegsschiffe widerrechtlich die

ausschließliche Wirtschaftszone Zyperns im Mittelmeer und zwar direkt vor der zypriotischen Südküste, dort, wo Gas entdeckt wurde und weitere Gas- und Ölvorkommen vermutet werden. Die Türkei nutzt das Chaos, das sie selbst im Nahen Osten gestiftet hat, denn die Terrormiliz ISIS ist zum Teil ihr eigenes Produkt, und dehnt auf diese Weise die Besetzung Zyperns aus.

Die USA scheinen in ihren eigenen Fehlern im Nahen Osten verfangen zu sein, beim offensichtlichen Rückzug aus der Rolle des Weltpolizisten hinterlassen sie nur Ruinen. Das Interesse Europas aber ist, erstens seinen Energiebedarf an Öl und Gas aus dem eigenen Raum und aus befreundeten Nachbarländern zu decken und zweitens einen eigenen Beitrag zur Befriedung des für sie nahen und deswegen extrem wichtigen Ostmittelmeerraums zu leisten. Die Energie-Achse Israel-Zypern-Griechenland mit Anschlussmöglichkeiten anderer Länder würde nicht nur Israel aus der Isolation holen, sondern sie wäre eine win-win-Situation für alle Beteiligten, im politischen und im wirtschaftlichen Sinne. Diese Achse ist etwas Neues und verspricht viel. Sie richtet sich nicht gegen andere Staaten. Mit den traditionell guten Beziehungen des modernen Griechenlands und Zyperns zu den arabischen Ländern und auch zu dem Iran, da Griechenland kein Volk dort versklavt oder unterdrückt hat, hätte Europa eine starke Trumpfkarte in der Hand, selbständig friedensstiftend zu agieren und ihr eigenes Profil politisch zu schärfen.

Leider ist der deutschen Öffentlichkeit eine objektive Berichterstattung über das, was auf Zypern seit 1974 stattfindet und momentan dort passiert, vorenthalten. Nach wie vor lebt diese Berichterstattung von einer groben Verdrehung der Tatsachen, die aus der türkischen Propaganda entnommen werden könnte. Nach wie vor herrschen Vorurteile gegenüber den Griechisch-Zyprioten, weil sie den Annan-Plan abgelehnt haben, der angeblich „Ruhe und Frieden“ gebracht und der EU das Zypernproblem erspart hätte. Selbst die Haltung der deutschen Friedensbewegung und der Politischen Geographie in Deutschland, die sich aus historischen Empfindlichkeiten nicht Geopolitik nennen will, ist von Märchen genährt, die einer kritischen Haltung nicht standhalten würden. Ihre Publikationsorgane sind für eine Gegendarstellung hermetisch geschlossen.

Sollte aber die grobe Verletzung des Völkerrechts, das Europa (zuletzt Vertrag von Lissabon) so hoch auf seine Fahnen geschrieben hat, sollte der Hohn der internationalen Gemeinschaft durch die Haltung der Türkei gegenüber den ergangenen internationalen Gerichtsurteilen, sollte die Glaubwürdigkeit der EU, die einen Mitgliedstaat in Stich lässt, während sie woanders auf der Welt das Gegenteil fordert, und sollten auch manche andere eher „moralische“ und vielleicht deswegen in den Augen von vielen zu vernachlässigenden Gründe nicht ausreichen, **müsste die EU jetzt dringend** zumindest an das eigene vitale Interesse der Energieversorgung und Befriedung des Ostmittelmeerraums denken. Die Chance, die die neue Energie-Achse Israel-Zypern-Griechenland bietet, sollte nicht so einfach abgetan werden.

Europa muss seinem Mitglied Zypern beistehen. Dabei reicht offensichtlich nicht mehr eine einfache Positionskorrektur aus. Es muss ein Paradigmenwechsel sein. ■

Kostas Dimakopoulos,
Athen/Berlin
Jurist und Politologe

στην Ευρώπη δεν έχουν συγχωρήσει στους Ε/Κ ότι απέρριψαν το 2004 με δημοψήφισμα το Σχέδιο Ανάν, που θα νομιμοποιούσε τα τετελεσμένα του Αττίλα και θα άνοιγε τον δρόμο για την επέκταση της τουρκικής κυριαρχίας και στον Νότο.
Αν η Ε.Ε. έδειχνε και στην Κύπρο μόνον το 10% της αλληλεγγύης που δείχνει έναντι της Ουκρανίας, που δεν είναι καν μέλος της, αυτό θα ήταν μεγάλη βοήθεια για την Μεγαλόνησο. Εδώ όμως χρησιμοποιούνται προφανώς δύο μέτρα και δύο σταθμά – σε βάρος της Κύπρου. Η κατάσταση αγγίζει τα όρια του παράλογου, αν σκεφθεί μάλιστα κανείς ότι η Τουρκία είναι υποψήφια χώρα για ένταξη στην Ε.Ε., κατέχει όμως στρατιωτικά τμήμα της επικράτειας της Ε.Ε.
Αν όμως η Προσβολή του Διεθνούς Δικαίου, ο εξευτελισμός των αποφάσεων των Διεθνών Δικαστηρίων, η διεθνής αξιοπιστία και φερεγγυότητα της Ευρώπης και άλλα τέτοια «ηθικά» και ως εκ τούτου «αμελητέα» για πολλούς επιχειρήματα δεν αρκούν για να υποστηρίξει σοβαρά το μέλος της η Ε.Ε., θα έπρεπε τουλάχιστον να σκεφθεί και κάτι άλλο, που έχει μεγάλη σημασία για τα συμφέροντά της σήμερα. Με τον υπό κατασκευή ενεργειακό άξονα Ισραήλ-Κύπρος-Ελλάδα, στον οποίο θα μπορούσαν να προσχωρήσουν και άλλες χώρες της περιοχής, όπως η Αίγυπτος και το Λίβανο, δίνεται μια μοναδική ευκαιρία στην Ευρώπη πρώτον να εξασφαλίσει την ενεργειακή της τροφοδοσία από κράτη-μέλη και άλλες φιλικά διακείμενες χώρες και δεύτερον να συμβάλει σημαντικά με δικές της δυνάμεις στην εξειρήνευση της ευαίσθητης περιοχής της νοτιοανατολικής Μεσογείου. Επειδή η περιοχή αυτή είναι για την Ευρώπη, αντίθετα από τις ΗΠΑ, που είναι αιχμάλωτες των καταστροφικών λαθών τους στην Μέση Ανατολή, η «διπλανή γειτονιά» της και δεν θα έπρεπε να την αφήσει σε ξένα χέρια.